

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Fleischnoth oder Fleischnothrummel?

In den letzten Tagen fanden in Berlin zahlreiche stark besuchte Volksversammlungen statt, die sich mit der Fleischtheuerung beschäftigten und einstimmig folgende Protestresolution annahmten:

„Da die arbeitenden Klassen schwer leiden unter den Wirkungen der lange andauernden wirtschaftlichen Krise, werden sie nun in steigendem Maße betroffen durch eine ungeheuerliche Wertheuerung des Fleisches und der Fleischwaren aller Art. In Berlin wie in allen Theilen des Reiches sind die Preise des Schlachtviehes und damit des Fleisches andauernd in die Höhe geschwenkt. Für die Arbeiterfamilie wird die Ernährung durch Fleisch gänzlich unerschwinglich, in gewissen Landestheilen ist jede Fleischnahrung bereits vom Tische der Unbemittelten verschwunden. Die Unterernährung des Volkes rückt die Gefahr des Hungertypus in drohende Nähe. Die Versammlung erblickt die Ursache dieser Volksauszehrung vornehmlich in der Grenzsperrpolitik der Regierung sowie in den Wirkungen des Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900. Unter dem Vorwand der Seuchengefahr wird das Verlangen der agrarischen Viehzüchter befriedigt, gegen ausländisches Vieh die Grenze schliesslich zu sperren. Durch das Fleischbeschaugesetz ist die Einfuhr frischen und gepökelten Fleisches sowie von Fleisch zur Wurstfabrikation völlig unterbunden. Da aber die deutsche Viehzucht gänzlich unzureichend ist, die wachsende Bevölkerung Deutschlands mit genügender Fleischmenge zu versorgen, so sind Fleischknappheit und Fleischtheuerung die künstliche Folge dieser agrarischen Schutzpolitik, die sich den sonstigen Methoden dieser agrarischen Volksbewucherung anreicht. Die Versammlung erhebt eindringlichen Protest gegen die wirtschaftliche Vergeudung der breiten Volksmassen zu Gunsten einer winzigen Zahl von agrarischen Interessenten. Sie fordert vor Allem die Aufhebung der Grenzsperrung, unter Anwendung hinreichender sanitärer Kontrollmassnahmen. Die Versammlung protestirt zugleich gegen die im neuen Zolltarifentwurf geplante Erhöhung der Viehzölle, durch welche die Fleischnoth auf die äusserste Spitze getrieben werden müßte.“

Man braucht nur einen einzigen Blick in die Tageszeitungen zu werfen und das Gespenst der Fleischnoth taucht vor unseren Augen auf. Wie aus den Schilderungen der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1901 hervorgeht, hatten sich bereits im vergangenen Jahre die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung ganz bedeutend verschlechtert. „In verschiedenen Erwerbszweigen,“ so lesen wir dort, „sind die Löhne im Laufe des Berichtsjahres erheblich gesunken. Aber auch dort, wo die Einheitsätze unverändert geblieben sind, war der Arbeitsverdienst durch die vielfachen Arbeitszeitverkürzungen und die häufige Arbeitslosigkeit ein wesentlich geringerer als im Vorjahre. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat dieser Ausfall an Verdienst natürlich um so ungünstiger beeinflusst, als die Preise für die meisten Lebensmittel, besonders für das für den Arbeiterhaushalt so wichtige Schweinefleisch und Schmalz, gestiegen sind. Der Verbrauch von minderwertigem Fleisch, besonders von Pferde- und Hundefleisch, hat infolge dessen erheblich zugenommen.“ Und seitdem diese amtlichen Berichte im Druck erschienen sind, ist es wahrlich nicht besser, sondern noch viel schlimmer geworden.

Die Zeitungen aller Parteilichungen, ausgenommen die agrarischen, haben die Fleischnoth zugeben müssen. Aus allen Gegenden Deutschlands, selbst aus rein ländlichen, werden bedeutende Steigerungen der Fleischpreise gemeldet, so daß es anscheinend den Arbeitern nahezu völlig unmöglich gemacht wird, dieses notwendige Nahrungsmittel fernerhin noch zu konsumiren. Besonders werden die ärmsten Gegenden Deutschlands am meisten von der Fleischnoth heimgesucht. Die das Gebiet des Erzgebirges und des Vogtlandes umfassende Handelskammer in Plauen hat durch Umfrage ermittelt, daß in den dortigen Städten der Preis des Schweinefleisches ganz wesentlich gestiegen ist, so daß von den Tischen der Arbeiter Fleisch und Speck vollständig verschwunden ist.

Der Verbrauch an Fleisch ist infolge dessen von Jahr zu Jahr gesunken, dagegen ist die Zahl der geschlachteten Hunde und Pferde beständig gestiegen. Und solchen himmelschreienden Thatsachen gegenüber besitzt das Agrarierthum noch die freche Stirn, die Fleischnoth zu leugnen und von einem „Fleischnothrummel“ zu sprechen.

Was es mit dem „Fleischnothrummel“ auf sich hat, ergibt sich daraus, daß die Zahl der Schlachtungen und die Zufuhr von Schlachtvieh in den letzten Monaten ganz bedeutend abgenommen hat. Dies muß selbst die agrarisch gesonnene, ultramontane „Germania“ einräumen, indem sie schreibt: „Enorme Preissteigerungen haben in den letzten Jahren fast alle Lebensmittel und Lebensbedürfnisse vertheuert und so zu Einschränkungen geführt, die nicht nur im Volksaushalte, sondern auch in den einzelnen Familien um so bitterer empfunden wurden, als die guten Lohnverhältnisse der letzten Jahre des vorigen Jahrzehnts ziemlich rasch einem rapiden Niedergang auf allen industriellen Gebieten Platz machen mußten. Nun zu guter Letzt kommt noch eine Fleischtheuerung, die, wenn sie noch länger anhalten sollte, zu einer wahren Katastrophe auszuarten droht. Die Anzeichen dafür halten sich zwar schon seit Langem bemerkbar gemacht und dem Kundigen konnte es nicht verborgen bleiben, daß sie über kurz oder lang eintreten mußte. Daß sie aber so bald und in solcher Schärfe eintreten würde, hatte Niemand erwartet. . . . Das Wertwürdige an der gegenwärtigen Lage ist, daß die Klagen so ziemlich aus allen Gegenden des Deutschen Reiches ertönen. Es muß zugegeben werden, daß das Fleisch sowohl jenseits des russischen, als der französischen Grenze billiger ist, als diesseits. . . . Daß die Grenze gesperrt ist, und die Sperre in den letzten Monaten selbst für die Grenzbewohner bedeutend verschärft worden ist, ist Thatsache, Thatsache auch, daß unsere Landwirtschaft momentan zu wenig schlachtreifes Vieh für den Markt liefern kann“, und noch schärfer spricht sich die „Allgemeine Fleischerzeitung“, ein gut konservatives Mittelstandsblatt, aus: „Aus dem Osten wie aus dem Westen, aus dem Norden wie aus dem Süden kommen die Nothrufe; in allen Theilen des Reiches herrscht die gleiche Noth, und überall fragt man sich sorgenvoll, wie das enden soll. Hilfe kann nur kommen, wenn man das Uebel an der Wurzel faßt und den Viehmangel beseitigt. Die deutsche Viehzucht ist eben nicht im Stande, den Bedarf zu decken. Die Vertröstung der Agrarier, daß die Schweine- noth nur vorübergehend sein werde, hat sich, wie wir voraussetzten, und nach dem Stande der Verhältnisse klar war, als eitel erwiesen. Das ist um so bemerkenswerther, als die Agrarier jetzt auch nicht in der Lage sind, den Verlusten durch die Maul- und Klauenseuche die Schuld zuzuschreiben; die ja in Deutschland jetzt so weit zurückgegangen ist, daß der Landwirtschaftsminister glaubt, Massnahmen zu ihrer vollständigen Ausrottung treffen zu können. An ermunternden Reden und Unterstüßungen aller Art gegenüber der Landwirtschaft hat es nicht gefehlt; aber was sie nach der Natur der Dinge nicht leisten kann, das wird sie nicht leisten, und wenn noch so viel künstliche Mittel aufgewendet werden. Ja, es ist zu befürchten, daß die Viehzufuhr in der Zukunft noch schwächer sein wird, nachdem die Landwirthe alles Vieh, das nur irgend veräußert war, an den Markt gebracht haben. Stärkte man einem unabweisbaren Naturereigniß gegenüber, so müßte und würde sich alle Welt ruhig darenin finden. Aber die Erbitterung muß groß werden und alle Kreise ergreifen, da man sieht, daß nur durch die unberechtigte Grenzsperrung diese unheilvollen Zustände herbeigeführt sind. Es muß die Gemüther empören, daß das ganze Volk leiden soll lediglich aus Rücksicht auf die Taschen und den Eigennutz der Agrarier. Das Vorschlagen der Seuchengefahr ist Lug und Heuchelei. Wenn einst die Geschichte unserer Lage geschrieben werden wird, so wird dies der schwärzeste Punkt darin sein, daß eine lediglich durch Tradition bei uns einflussreiche Clique von Großgrundbesitzern die Gesetzgebung und Verwaltung ausgenutzt hat, um durch Entstellung der Thatsachen sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Unsere Hoffnung ist nicht mehr auf das Wohlwollen und die Gerechtigkeit der maßgebenden Kreise gerichtet; wir hoffen allein, daß die Gewalt der Thatsachen sie zwingen wird, die Grenzen für die Vieheinfuhr wieder zu öffnen.“

Und was das Schlimmste ist, die Fleischnoth wird demnächst noch wesentlich verschärft werden, wenn erst am 1. Jan. 1903 die Bestimmungen des neuen Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes voll und ganz in Kraft treten. Dann wird die Einfuhr von ausländischem Fleisch, darunter auch Schweineleber, Nieren, Herzen, Naden, Schultern, Zungen zc. vollständig unmöglich sein; Zungen- und Leberwurst wird dann vom Tische des Arbeiters gänzlich verschwinden.

Die Ursache der Fleischnoth liegt bekanntlich darin, daß es die Agrarier infolge ihres Einflusses auf Parlament und Regierung fertig gebracht haben, die deutschen Grenzen systematisch gegen das ausländische Schlachtvieh zu sperren. Zur Begründung dieser Grenzsperrung brachte man zunächst gesundheitsliche Rücksichten vor, indem man sagte, die deutsche Bevölkerung müsse gegen „das ungesunde, gesundheitsgefährliche ausländische Fleisch“ geschützt werden. Neuerdings spielen die Agrarier mit offenen Karten und erklären mit ruhiger Miene, die Grenzsperrung solle den Zweck verfolgen, durch ausreichenden Zollschutz der „nothleidenden Landwirtschaft“ ausländische Preise zu gewährleisten. Sie begründen diese Forderung mit dem Prinzip der „ausgleichenden Gerechtigkeit“, wonach das eine Glied des Gesellschaftskörpers zu Gunsten des anderen Gliedes Opfer bringen müsse. Das heißt mit anderen Worten: Die arbeitende Bevölkerung soll auf Fleischnahrung verzichten, damit die Junker mehr Geld trinken und mehr für Pferde, Karten und Weiber ausgeben können. Fürwahr eine nette „ausgleichende Gerechtigkeit“!

Welchen Einfluß eine solch horrende Wertheuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel auf die gesundheitliche, wirtschaftliche, kulturelle und moralische Entwicklung eines Volkes ausübt, läßt sich leicht ausdenken. Schon heute leidet die große Mehrzahl der deutschen Arbeiter unter einer fortwährenden Unterernährung, da sie ihrem Körper nicht dasjenige zuführen können, was derselbe zum Leben nöthig hat. Und dies wird natürlich noch schlimmer werden, wenn die Zustände sich nicht ändern. Die Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse auf eine niedrigere Stufe ist außerdem kulturfeindlich und entwickelungshemmend. Schlecht ernährte Arbeiter können nicht Lichtiges leisten und solange ein Volk in der „verdamnten Bedürfnislosigkeit“ verharrt, kann von einem Kulturfortschritt keine Rede sein. Die Bedürfnislosigkeit ist ein Hemmschuh jeder Kultur und die modernen Volksfeinde treiben ein frevelhaftes Spiel, indem sie versuchen, die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter zu senken. Durch die Fleischtheuerung wird die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse herabgesetzt zum unbeschreiblichen Schaden einer gesunden Volkswirtschaft.

Auch das moralische Leben des Volkes wird eine schwere Schädigung erleiden. Jeder Sozialpolitiker weiß, daß bei sinkender Volksernährung die allgemeine Moral zurückgeht: die Verbrecher nehmen zu und besonders der Schnapsgenuß greift reißend um sich. Mangelhafte Ernährung und Schnapsgenuß gehen Hand in Hand. Der Branntwein beseitigt nämlich das Hungergefühl und gaukelt dem Magen eine Sättigung vor, die gornicht vorhanden ist. Schlecht ernährte Arbeiter greifen instinktiv zur Schnapsflasche; will man also den Schnapssteufler bekämpfen, so darf man die agrarische Zollpolitik nicht unterstützen.

Ein Sturm der Entrüstung muß die deutschen Gauen durchbrausen, damit den Agrariern und der agrarisch verfeuchten Regierung wie ein Donnereschlag der Ruf in die Ohren bringe: „Fort mit einer Zollpolitik, die das arbeitende Volk zum langsamen Hungertode verurtheilt!“

Eine sehr lehrreiche Tabelle aus der „Dresd. Arb.-Ztg.“, die die Gemeingefährlichkeit der Wucherpolitik mit greller Deutlichkeit vor das Auge stellt, ist die folgende, die uns die Erhöhungen zeigt, die an den hohen Lebensmittelpreisen des Bosadomatschen Hungertarifs die agrarischen und industriellen Ueberzölner in holdem Bunde vorgenommen haben. Die Positionen, die die Zollkommission in der ersten Lesung erhöht hat, sind diese:

	Sehiger Vertragszoll	Satz der Regierungs- vorlage	Beschluß Kommission
Hoggen	3.50	6.—	7.—
Weizen	3.50	6.50	7.50
Gerste	2.—	4.—	9.—
Buchweizen	2.—	6.—	7.—
Getreidemehl	7.50	13.50	18.75
Reis	4.—	16.—	18.75
Graupen und Grütze	7.30	16.—	18.75
Stärke	frei	16.—	18.—
Mehl	frei	20.—	25.—
Margarine	frei	30.—	80.—
Kartoffeln, frisch	frei	frei	2.50
Gemüse	frei	frei	2.—
Obst verpackt	frei	6.—	10.—
Erdbeeren	frei	15.—	20.—
Schweinefleisch	frei	30.—	45.—
Schweinefleisch, einfach zubereitet	15—17	35.—	60.—
Schweinefleisch	frei	frei	30.—
Wurste	17.—	45.—	70.—
Wild	frei	45.—	70.—

Bei ganzen fünf Positionen dieser Gruppe hat die Mehrheit der Wucherpolitiker die Sache der Regierung für ausreichend erachtet — sie stellen freilich schon außerordentliche Erhöhungen gegen die jetzigen Rätze dar. Es sind das die Positionen:

	Sehiger Vertragszoll	Satz der Regierungs- vorlage
Schmalz	10.—	12.50
Butter	16.—	20.—
Käse	20.—	20.—
Eier	2.—	6.—
Kapsöl	frei	12.—
Alkohol	frei	12.—
Leinöl	frei	12.—

Die Tabelle umfaßt die wichtigsten Nahrungsmittel. Und es sind die Speisen, die mit wenigen Ausnahmen, auch der Vermittler nicht entbehren kann. Auf alle neuen, hohe Auflagen gelegt werden — die bedeutenden Erhöhungen, die die Regierung vorschlug, genügen der Wucherertheit noch nicht, und Nahrungsmittel, die der Pöbelvorkocher Entwurf frei ließ, hat sie mit hohem Zoll belegt, selbst Schweinefleisch, Gemüse und Kartoffeln sollen nicht verzehrt werden, ohne daß der Junker der Tribut entrichtet wird!

Solche Raffinerie auf Kosten der Armen und Kernter sucht ihresgleichen. Dieser Raubzug, den die Junker auf die Taschen des arbeitenden Volkes planen, imponiert fast durch seine Ungeheuerlichkeit. Die Tabelle zeigt dem deutschen Arbeiter die ganze Schwere des Hungerzollens, den die herrschende Klasse ihm auferlegen will. An ihm liegt es, daß es ihr nicht gelinge!

Sozialreform, Bauarbeiterchutz und preussischer Bureaukratismus.

Als im Jahre 1881 die bekannte kaiserliche Botschaft erschien, wurde seitens der bürgerlichen Presse mit großem Lärm auf die neue „Ära der Sozialreform“ hingewiesen. Und auch heute noch wird es immer fälschlich so dargestellt, als sei die Initiative zur Arbeiterversicherung eine väterliche Erfindung, als habe dieser kaiserliche Botschaft von 1881 den Anstoß dazu gegeben. Doch lange vor der Reichs-Krankenversicherung hatten viele Gemeinden bereits eine Krankenversicherung, und bereits 1879 forderte der Zentralverband deutscher Industrieller die Unfallversicherung, um der drohenden Verringerung des Haftpflichtgesetzes aus dem Wege zu gehen. Schon 1867 forderten die Abgeordneten v. Diest-Daber und Brauchitsch in einer Resolution die Versicherung der Industriearbeiter und Friedenthal eine Hilfskassen-Gesetz, und der durch seine Schienenflückerien und Steuerhinterziehungen bekannt gewordene Kommerziant Baar legte 1880 dem Reichstag einen vollständigen Entwurf einer Unfallversicherung vor. Also mit dem ersten Anstoß der kaiserlichen Botschaft zur Sozialreform ist es nicht.

Von großer Bedeutung ist, wenn wir von der Kranken-, Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung absehen, das Vorhandensein von Unfallversicherungsvorschriften, deren Beachtung und Innehaltung das Leben und die Gesundheit der Arbeiter überhaupt vor Gefahren schützen sollen. Aber es existieren keine solchen Vorschriften, ja man wies sogar alle derartigen Anträge der Sozialdemokratie, die den Erlaß solcher Vorschriften forderten, ab und ließ die 1884 zum erstenmal eingebrachten Anträge für Arbeiterschutzgesetzgebung gar nicht zur Berathung kommen.

Als dann endlich dem Drängen nach Schutzvorschriften stattgegeben werden mußte, da die Zahl der Unfälle sich infolge Fehlens jeglicher Schutzvorschriften von Jahr zu Jahr steigerte, waren dieselben auch darnach. Betroffen wurden von diesen Bestimmungen aber nur die gewerblichen Anlagen, die Fabriksbetriebe. Zur Ueberwachung der Ausführung der Bestimmungen wurde eine Spezialbehörde — die Gewerbeinspektion — geschaffen. Die Bestimmungen sind außer in dem Unfallversicherungsgesetz unter dem Titel „Unfallversicherungsvorschriften“, vornehmlich in der Gewerbeordnung in den Paragraphen 120 a, b, c, d und e niedergelegt.

Eines der größten Gewerbe, wo wie festgestellt ist, die meisten und schwersten Unfälle vorkommen, wo im preussischen Staate allein zirka 800 000 Arbeiter und im gesammten deutschen Reiche über eine Million Arbeiter in Frage kommen — das Baugewerbe —, für dieses wurden keine Vorschriften erlassen; die baugewerblichen Arbeiter waren vogelfrei.

Eine kaiserliche Verordnung gemäß § 154 R.-G.-B., nach welcher auch die Bauten — das Baugewerbe — der Gewerbeinspektion unterstellt werden können, ist bis heute noch nicht erlassen worden. Infolge dessen konnten auch nur Zustände, wie sie im Baugewerbe herrschen, Platz greifen. Die Unternehmer — obwohl es in der Baupolizeiordnung Gesetz vom 11. März 1850 § 27 Abs. 3 heißt: „Nach Eingang der Baubeginn-Anzeige wird seitens B. Pr. der sogenannte Baukontrollbogen ausgefertigt und der Bauinspektion übersandt. Die Bauinspektion hat vom Bauanfang bis zur Gebrauchsanahme eine dauernde Kontrolle des Neubaus auszuüben, die ihr im Wesentlichen selbst überlassen ist.“ — einer behördlichen Kontrolle nicht unterstellt, haben Zustände einrichten lassen, die geradezu skandalös sind. — Trotzdem die Zahl der Unfälle von Jahr zu Jahr in erschreckender Weise stieg und es die Berufsgenossenschaften selbst waren, die die Ziffer der Verletzten bekannt geben mußten, geschah dennoch nichts, um dem leichtfertigen Hinmorden von Menschenleben Einhalt zu thun. Als dann durch die Enquete der organisierten Arbeiter im Jahre 1895, das

bisher Gesagte bei Weitem übertroffen wurde, verlangten die baugewerblichen Arbeiter ein „Reichsbauarbeiterchutzgesetz“. Der Regierungsvertreter erklärte auf eine Interpellation des Abgeordneten Wedel, daß die Reichsregierung dieser Materie durchaus sympathisch gegenüberstehe. Die Verathlungen der einzelnen Bundesregierungen seien jedoch noch nicht eingeleitet (Dezember 1898). Trotz dieser Sympathie vermochte die Reichsregierung (März 1899) es nicht über sich zu bringen, sich durch eine Abordnung auf dem Berliner Bauarbeiter-Schutz-Kongress vertreten zu lassen.

Am 21. Februar 1900 erklärte der Staatssekretär des Reichsamt des Innern, Herr Graf von Posadowski, auf die Interpellation des Abgeordneten Hoch in Bezug auf die Frage eines Reichs-Bauarbeiterchutzgesetzes: „Die Reichsregierung ist nach eingehender Erwägung und Prüfung des Materials zu der Ansicht gelangt, daß, da die Bauausführungen den einzelnen örtlichen Verhältnissen unterworfen sind, die örtlichen Verhältnisse aber berücksichtigt werden müssen, die Regelung des BauarbeiterSchutzes deshalb nicht von Reichswegen geschehen kann, sondern dies Sache der Landesregierungen bleiben müsse.“ Es sei hier gleich bemerkt, daß Sachsen, Baden und Bayern diese so wichtige Aufgabe nach Kräften gefördert haben. Obgleich noch nicht alles das erreicht ist, was wir fordern, so doch ein wesentlicher Theil. Nur der größte Bundesstaat Preußen konnte bisher keine Stellung nehmen, sondern wollte erst Erhebungen, natürlich durch die Polizei, vornehmen lassen, ob „die bestehende Verordnung vom März 1850 u. nöthwendig zu verschärfen sei.“ — Wie immer, so auch hier, erst polizeiliche Erhebungen. Wir haben uns daher auch nur mit der preussischen Regierung zu beschäftigen und wollen uns einmal die Staatsbauten betrachten.

Die reichsversicherungsamtliche Unfallstatistik zeigt in den letzten Jahren in der Bauverwaltung eine enorme Steigerung der Unfallziffer. Dieses muß bei der Sonderstellung, die allen staatlichen Regierungen bezüglich des Arbeiterschutzes in der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes und der Reichsgewerbeordnung gewährt ist, fremden, um so mehr, da die staatlichen Behörden die schwierigeren Arbeiten und Bauausführungen auf dem Submissionswege den Unternehmern übertragen. Die staatliche Bauverwaltung zeigt in Preußen, von dem Beginn ihrer einheitlichen Darstellung der Unfälle 1892, einen Rückgang in der Zahl der verletzten Personen bis Schluß des Jahres 1899 von 41 Prozent, während in demselben Zeitraum die Zahl der Verletzten von 225 im Jahre 1892 auf 610 Verletzte im Jahre 1899, also um 87,69 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der tödtlichen Verletzte ergibt für 1899 gegen 1892 eine geradezu verhängnisvolle Zunahme. Im Jahre 1892 kamen auf pro Tausend Versicherte 0,25, 1898 0,48 und 1899 0,82 tödtlich Verletzte. In dem angegebenen Zeitraum von 8 Jahren sind insgesamt 3739 Verletzte und 113 tödtliche Verletzungen zu verzeichnen. Und doch sollen die staatlichen Betriebe „Musterbetriebe“ sein. Die Unternehmer üben denn auch dementsprechend in ihren Betrieben die „Arbeiterfürsorge“. Bei den Kontrollen, die von den Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter im Jahre 1900 in zirka 109 Orten der preussischen Provinzen bei 2301 Bauten durchgeführt wurden, waren nur auf 993 Bauten die Unfallverhütungsvorschriften zur Kenntnignahme der Polizei und Arbeiter ausgehängt, also auf 1308 Bauten, weit über die Hälfte, waren keine Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt. Selbst in Berlin, wo in Folge des ununterbrochenen Kampfes, den die baugewerblichen Arbeiter für den Schutz von Leben und Gesundheit seit einem Jahrzehnt führen und wo durch den Abschluß von Tarifverträgen, die Abschaffung einer ganzen Zahl von Mißständen errungen ist, wurde bei der Kontrolle der Arbeiter vom 10. bis 21. Dezember 1901 von 227 kontrollirten Bauten nur auf 122 Bauten die Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt vorgefunden = 53,75 pZt., während auf 105 Bauten = 46,25 pZt. keine Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt waren.

Im Königreich Preußen haben wir es hauptsächlich mit der nordöstlichen Bauwerks-Berufsgenossenschaft zu thun. Diese hat neben der Tiefbau- und Rheinisch-Westfälischen Bauwerks-Berufsgenossenschaft die größte Zahl der Versicherer, und neben der Tiefbau-Berufsgenossenschaft das größte geographisch ausgebreitete Geschäftsgebiet. Soweit das Baugewerbe in Preußen in Betracht kommt, hat die Nordöstliche die größte Unfallziffer. Der Vorsitzende dieser Berufsgenossenschaft, Herr Baumeister Felsch, hat als Mitglied des Abgeordnetenhauses in seiner Rede vom 4. März 1898 auf diese auffällige Erscheinung hingewiesen. Allerdings ist nach Herrn F. diese „Unfallziffer“ in dem Nachhinein bei den Befähigungsnachweises (!?) zu erblicken. Innerhalb der letzten 10 Jahre, vom Beginn des Jahres 1890 bis Schluß 1899, sind in dieser Berufsgenossenschaft 59 418 Verletzte, davon 1408 tödtlich Verletzte zu verzeichnen, die insgesamt 1072 Familien mit 1848 Kindern und 53 anderen Unterhaltungs-berechtigten hinterlassen haben. Im Jahre 1890 hatte diese Berufsgenossenschaft auf pro Tausend Versicherte 23,86, dagegen 1899 44,20 Verletzte. Wahrscheinlich für den Menschenfreund ein bescheiden empfindendes Bild!

Die Bauwerks-Berufsgenossenschaften zeigen in Bezug auf Ueberwachung der Bauausführungen und Unfallverhütungsvorschriften eine geradezu unheimliche Gleichgültigkeit. Bei den acht in Preußen in Frage kommenden Bauwerks-Berufsgenossenschaften waren insgesamt 20 Beauftragte angestellt. Und wenn weiter in Betracht gezogen wird, daß diese Beamte nicht allein bei der Ueberwachung der Bauausführungen beschäftigt, sondern auch die Nachprüfung der Lohnnachweisungen usw. mit zu besorgen haben, dann ergibt sich daraus der Werth, welcher der Ueberwachung der Betriebe durch die Kontrolleure der Unternehmer beizumessen ist. Die Schlesiensche-Polensche und die Hannoverische Bauwerks-Berufsgenossenschaft haben überhaupt keinen Beauftragten angestellt. Die Maste der Heuchelei für das „hohe“ Interesse für den Bauarbeiterchutz der Bauwerks-Berufsgenossenschaften wird ihnen aber vollends durch die Ausgaben, die dieselben für die Ueberwachung der Bauausführungen ausgaben, heruntergerissen, denn die nackte Profitgier der Unternehmer tritt hier rücksichtslos zu Tage. So hat zum Beispiel bis zum Jahre 1898 die Nordöstliche Bauwerks-Berufsgenossenschaft keinen Pfennig für die Ueberwachung ausgegeben, dagegen waren 1893 25 092 M für diese Ausgaben aufgeführt. Bis Schluß des Jahres 1896 war diese Ausgabe auf 7140,93 M gesunken und stieg dann bis 1899 auf 12 941,22 M. Trotzdem die Zahl der Verletzten eine Zunahme aufweist und die Zahl der Verletzten ebenso wie die Entschädigungsbeiträge gestiegen sind, gab die „Nordöstliche“ 1899 12 150,78 M (gleich 48,42 Prozent) weniger für den Arbeiterschutz aus als 1893. Die Magdeburgische Bauwerks-Berufsgenossenschaft, die nächst der Nordöstlichen die höchste Unfallziffer verzeichnet, hatte auf pro Tausend Versicherte für den Arbeiterschutz 1899 ganze 43 M ausgegeben.

Ingefihrlich dieser Summen, die für die Ueberwachung seitens der Berufsgenossenschaften ausgegeben werden, darf

man sich allerdings nicht über die erschreckende Zunahme der Verletzten wundern. Und es ist geradezu empörend, wenn ein Unternehmer den „Muth“ hat, die Unfallhäufigkeit auf das „Selbstverschulden“ der wirtschaftlich abhängigen Arbeiter abzuwälzen. (Zehnparagrafen in den revidirten Unfallverhütungsvorschriften der Bauwerks-Berufsgenossenschaften und Schutzbestimmungen der einzelnen Landes-Baupolizeigefehle.) Wie gering und unbedeutend der Genuß von alkoholischen Getränken die Unfallgefahr der Arbeiter beeinflusst, beweisen die Erhebungen des Reichs-Versicherungsamt, die für das Jahr 1897 durchgeführt sind. Von den 9156 Unfällen der Bauwerks-Berufsgenossenschaften, bei welchen 1897 zum ersten Male Entschädigungen festgestellt sind, konnten bei 8960 die Ursachen ermittelt werden. Von den ermittelten Ursachen entfielen auf die Kategorie „Leichtsinn“ (einschließlich Balgerei, Neckerei und Trunkenheit) 97 Unfälle. Nehmen wir an, daß von den 97 Unfällen unter „Leichtsinn“ usw. die Hälfte, also 49 auf Trunkenheit zurückzuführen ist, so ergeben sich zu den für die Bauwerks-Berufsgenossenschaft insgesamt ermittelten Ursachen der Unfälle nur — 0,55 pZt. durch Trunkenheit.

(Schluß folgt.)

Aus unserem Verne.

Altona. Ueber die Werfstele von Th. Winkler wurde die Sperre verhängt wegen Mafregelung unserer Kollegen.

Zur Bleiweißfrage. In Magdeburg hat sich der Vorstand der Malerzunft in einer Sitzung mit der Bleiweißfrage beschäftigt. Einen Auszug des Protokolls finden wir in der „Maler-Zeitung“, worin es u. a. heißt, daß der Herr Obermeister Jakob den Erlaß aus dem preussischen Ministerium zur Erörterung stellt, im Anschluß an die Fragen über Werth, Entbehrlichkeit und Gesundheitschädlichkeit des Bleiweißes, und habe sich aus der Diskussion folgendes Ergebnis einstimmig herausgestellt: 1. Die Versuche welche mit Lithopone usw. hinsichtlich des Erfahes für Bleiweiß gemacht wurden, sind ungünstig ausgefallen, — nur für Weißmalereien und Aufstriche im Innern, welche nicht genügend Luft und Licht erhalten, wäre das Bleiweiß auszuschießen. 2. Der Werth des Bleiweißes gegenüber Lithopone, Zinkweiß usw. beruht darin, daß es zur Bearbeitung als Anstrichfarbe mehr Del aufnimmt, als die genannten Farben, ohne seine Deckkraft zu vermindern, und ist es daher diesen Farben vorzuziehen, weil die Haltbarkeit des Anstrichs wesentlich durch den größeren Gehalt an Del bedingt wird. 3. Für Außenanstriche ist Bleiweiß ganz unentbehrlich und für diese Zwecke Zinkweiß, Lithopone usw. erheblich minderwertig. Eine Bleiweißraffination erfolgt bei keiner Art von Arbeit und ist folche in der Hauptsache nur in dem Mangel an Reinlichkeit der Arbeiter nach einem Verarbeiten von Bleiweiß zu erklären.“ Nach Vorstandslieber sollen mit vorstehenden gutachtlichen Aeußerungen einverstanden gewesen sein. Es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn dieser achtstellige hochwohlweise Rath „die Art seiner Versuche“ etwas näher präzisirt hätte; denn nicht nur aus eigener praktischer Erfahrung, sondern auch durch anderweitig gewonnene Kenntnisse können wir dies Magdeburger Gutachten in keinem Punkte anerkennen, bezweifeln überhaupt, ob die Versuche alleseitig vorgenommen wurden, da uns scheint, als ob man den Ausführungen des Herrn Hilge (S. B. Nr. 34) im hohen Maß einfach durch Kopieren glaubte aufzukommen zu müssen. Wir haben des Destoren schon Gelegenheit gehabt, auf das Unhaltbare solcher tinnungsmeisterlichen Gutachten oder Behauptungen hinzuweisen, da diese einfach der Wahrheit nicht entsprechen und auf weiter nichts, als auf Voreingenommenheit und Ungehörigkeit beruhen, von welcher letzterer bekanntlich der deutsche Spießer nie ober außerordentlich schwer zu kurieren ist, so daß wir uns nicht zu wiederholen brauchen. Ueberdies werden die Herzen durch ihre eigenen Kollegen eines Besseren belehrt; wir möchten nur an die trefflichen Ausführungen des alten Herrn G. Weber in Bremen in Nr. 33 der „Maler-Zeitung“ und an die beiden Zuschriften in Nr. 36 derselben Zeitung — „Zur Bleiweißfrage“ — erinnern.

Die Deutsche Maler-Zeitung München nimmt in Nr. 9 und 10 gegen die Bleiweißverwendung Stellung. Sie betont sehr treffend, daß trotz aller Vorbeugungs- und Vorsichtsmaßregeln keine demerkenswerthe Abnahme der Bleierkrankungen eingetreten sei, weil diese nicht eingehalten wurden und vielfach nicht eingehalten werden konnten. „Man sehe sich nur die Zustände auf den Neubauten an und frage sich, wie unter den dort herrschenden Verhältnissen die erforderliche Reinlichkeit zu ihrem Rechte kommen soll.“ Wohl wäre das gründlichste Mittel gegen diese tödtliche Bleiweißraffination ein Verbot der gefährlichsten Bleifarben, wie Bleiweiß, Menntig und Bleizuder, doch glaubt der Verfasser, daß mit einem gesetzlichen Verbot auch sofort mit dessen Ueberreiter gerechnet werden müßte, da jedes Gesetz und Verbot seine Schattenseiten habe. Darum erachtet er als den gangbarsten Weg zur starken Einschränkung des Verbrauchs von Bleifarben eine bedeutende Erhöhung der Preise dieser Farben und schlägt eine Steuer von 50—75 Prozent des Werthes auf Bleiweiß, Bleimenntig, Bleiglätte und Bleizuder vor. — Da vorläufig auf ein Verbot der Bleifarbenverwendung noch nicht gerechnet werden kann, verdient auch dieser Vorschlag eingehende Beachtung.

Aus München berichtet man uns, daß der Magistrat der Beschwerde des Gehilfenauschusses Rechnung trug und die beschlossene Errichtung des Zunftgeschichtsbüchergeschäfts für das Malergewerbe für ungültig erklärte. Vergangenen Freitag sollte von Neuem die Errichtung beschlossen werden, und hatte hierzu Herr Malermeister Lebrich den Antrag des Vorstandes zu begründen. Der Antrag wurde jedoch energisch bekämpft und endgültig abgelehnt. Zu begreifen ist, daß in der gleichen Zunftversammlung der von der Gehilfenchaft gestellte Antrag auf eine Tarifvereinbarung im Prinzip angenommen und von Seiten der Meister gleich eine Tarifkommission von sieben Mann gewählt wurde, die gemeinsam mit einer gleichen Zahl noch zu erwählender Gehilfen den Tarifentwurf aufzustellen haben.

Verfassungs-Berichte.

Darmstadt. „Mißstände in unserem Beruf“, so lautete die Tagesordnung der letzten öffentlichen Versammlung. Dieselbe war einberufen von den hiesigen Stuktureuren der Filiale Pfungstadt und Oberstadt. Als Mißstand wurde gerügt, daß die Stuktureure auch Linderarbeiten machen usw., was für die Weißbinder nachtheilig sei. Der Umstand, daß die meisten großen Weißbindergeschäfte auch Stuktureure haben, begründete dies. Auch übernehmen die Stuktureure ganze Fassaden und lassen die Delfarbe dann von Weißbindern streichen. Während der Versammlung zeigte

sich, daß letzteres ganz vereinigt sei und nur bei Nicht-
 racher (gemeint sind nicht organisierte Stukka-
 teure) vorkäme. Da der Stukkateur 60 J. pro Stunde be-
 zahlt und der Weißbinder nur 42-45 J., liegt es doch im
 Interesse des Unternehmers, von letzteren die Tischler-
 arbeiten an den Fassaden machen zu lassen. Wenn es trotz-
 dem nicht immer geschieht, so aus Hochmütigkeitsgründen.
 Wie viel Geschrei und wenig Wille. Die gegenseitige Aus-
 sprache wurde allgemein begrüßt und man wünschte in
 größeren Zusammenkünften derartige Versammlungen. Wenn
 man zusammen arbeiten, müssen auch gemeinsam die Mißstände
 geändert werden. Die Stukkateure waren stark vertreten, aber
 die Weißbinder sehr gering, obwohl die letzteren die Ver-
 sammlung angeregt hatten. Offenbar traute mancher nicht,
 der die Mißstände geradezu unterläßt, ich meine die Alford-
 arbeit. Hier muß der Hebel angelegt werden, hier sind
 große Mißstände zu beseitigen. Hat man doch vor drei
 Jahren gestreikt, um einen Minimallohn zu erringen und Ab-
 schaffung der Alfordarbeit; es heißt allerdings da, wo die-
 selbe nicht ganz unmöglich ist, muß der Tagelohn be-
 zahlt werden usw. Verkürzung der Arbeitszeit und Er-
 höhung des Lohnes sind die Grundbedingungen, um die Mit-
 glieder zu einer höheren Stufe zu bringen, um, kurz gesagt,
 mehr Mensch zu sein. Aber dazu muß jeder sein Teil
 beitragen. Schöne Beschlüsse fassen und nicht halten ist
 Selbstbetrug und man vergißt sich dem Unternehmer gegen-
 über. Oder glaubt man, letztere hätten noch die nötige
 Achtung vor den Kollegen, die fortwährend in Alford-
 arbeiten wollen? Wenn sie Mittags durch-
 arbeiten, statt 1½ Stunden Mittagspause zu halten, wie
 es auf dem Lohnzettel steht? Die Kollegen, die im Tage-
 lohn stehen, halten die 1½stündige Mittagspause inne und
 die Alfordarbeiter schufen durch. Das führt zu Streik-
 leiten und untergräbt den Geist des gemeinsamen
 Denkens und Handelns, den Grundpfeiler der
 Organisation. Dem Unternehmer ist dies erwünscht
 und er wird es auszunutzen wissen. Einer geeinten Arbeit-
 erschaft gegenüber ist er machtlos. Hier muß unbedingt etwas
 geschehen, sonst geht es bald bergab zum eigenen Schaden der
 Kollegen. Dann will ich noch das Pfuschertum er-
 wähnen. Schwerlich wird eine Stadt zu finden sein, wo die
 Kollegen Abends, Mittags und Sonntags soviel pfuschen.
 Wie und mit welchem Material das ausgeführt wird, will ich
 nicht auseinandersehen. Es ruiniert den Körper und verbirbt
 den Charakter. Im eigenen Lager steckt unser Feind und
 nicht anderswo. Müden wir ihm tüchtig zu Leibe, dann geht
 es vorwärts. Natürlich dürfen die Vereinsabende nicht per-
 sönlich ausarten, sondern sachlich muß diskutiert werden,
 dann wird der Besuch ein besserer.

Hamburg I. Die am 10. September tagende zahl-
 reich besuchte Mitgliederversammlung befahl sich in der
 Hauptsache mit der Neuwahl eines befohlenen Beamten. Der
 bisherige Inhaber dieses Postens, Kollege Grobleben, der
 sein Amt niedergelegt und die Neuwahl beantragte, führte zur
 Begründung seines Antrages aus: Es sei ihm unter den ob-
 waltenden Umständen nicht mehr möglich, sein Amt zu ver-
 sehen. Die Angriffe und Blatereien gegen seine Person von
 Seiten vieler Kollegen seien unerträglich. Auch die Filialver-
 waltung sei in derselben Weise gegen ihn vorgegangen. Der
 Vorstand habe ihn in seiner Tätigkeit auch nicht genügend
 unterstützt. Er glaube seine Pflicht stets gewissenhaft erfüllt
 zu haben. Wenn er aber das Vertrauen der Kollegen nicht
 mehr besitze, so wolle er lieber gehen. Den Ausführenden
 Groblebens traten die Vorstandsmitglieder Gehrert, v. Müll-
 und Tom entgegen. Sie weisen auf das bekannte ehrenvolle
 Benehmen Groblebens hin. Man habe immer gehofft, Gr.
 werde alle die Ermahnungen und Warnungen seitens des
 Vorstandes endlich beherzigen und sein persönliches Benehmen
 ändern, damit endlich die vielen Klagen über denselben ein
 Ende nehmen würden, leider müsse man nach den Erfahrungen
 der letzten Zeit jede Hoffnung auf Besserung nach dieser Rich-
 tung hin aufgeben. Ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit
 Grobleben sei nicht mehr möglich. Einige weitere Redner,
 betrachteten das fernere Verbleiben Groblebens in seiner Ste-
 llung als schädlich für die Organisation. Sie erkennen das
 ehrliche Wollen des Kollegen Grobleben an, nur seine große
 Nervosität mache ihn zu diesem Posten ungeeignet. Von den
 drei vorgelegenen Kollegen wurde Kollege de Haas gewählt.

Strahburg. (Situationsbericht.) Aus hiesiger
 Filiale sind leider nicht viel Fortschritte zu verzeichnen, trotz
 der Mühe, die sich die hiesige Filialverwaltung unterzieht.
 Wenn man bedenkt, daß von 524 Kollegen, welche am Plage
 beschäftigt sind, ungefähr 60 organisiert sind, so ist das gewiß
 ein trauriges Zeichen. Wie schwer am hiesigen Orte die
 Kollegen für unsere erste Sache zu gewinnen sind, davon
 machen sich Fernstehende keinen Begriff. Im Frühjahr hielten
 wir eine größere Versammlung ab, in der Kollege Ludwig
 aus Stuttgart referierte. Von 400 vorbereiteten Einladungen
 nebst Broschüre und Agitationsnummer erschienen in der be-
 treffenden Versammlung 7 indifferente Kollegen, was kaum
 zu glauben ist. Im Laufe des Sommers wurden mehrere der-
 artige Versammlungen abgehalten, die nur von organisierten
 Kollegen ziemlich regelmäßig besucht wurden. Innerhalb
 unserer Filiale herrscht die größte Züversicht, daß es auch hier
 einmal besser wird. Am 16. August hielten wir eine größere
 Privatversammlung ab, in der Kollege G. über Mißstände
 hier am Plage und über Zweck und Nutzen der Organisation
 sprach. Von der Zentralkommission der Gewerkschaften Schab-
 böttingens war ein Vertreter anwesend, der in der Dis-
 kussion das Wort ergriff und die Kollegen einbringlich er-
 mahnte, ihren Verpflichtungen in der Organisation gewissen-
 haft nachzukommen und eifrig zu agitieren, dann wird der
 Erfolg nicht ausbleiben. Die hiesige städtische Lohnkommission
 hat für die verschiedenen Gewerbe einen Minimallohn fest-
 gesetzt und haben die betreffenden Unternehmer der städtischen
 Arbeiten allen ihren bei solchen Arbeiten verwendeten Ge-
 hülfen den festgesetzten Minimallohn zu bezahlen. Es ist
 vorgekommen, daß Leute, welche bei solchen Arbeiten verwan-
 det wurden, unter dem festgesetzten Minimallohn bezahlt wurden.
 Diesbezügliche Fälle wurden der Lohnkommission angezeigt
 und Abhilfe geschaffen. Wie es hier mit den Lohnverhält-
 nissen steht, ist kaum glaublich. Zahl noch jeder Meister
 nach Willkür. Wir haben hier Löhne von 25 J. pro Stunde
 aufwärts und infolge des schlechten Geschäftsganges sind in
 einzelnen Werkstätten die Löhne gegen früher bedeutend ge-
 sunken. Zum Beispiel ein Gehülfe, der vor zwei Jahren
 38 J. pro Stunde erhielt, erhält jetzt nur noch 25 J. Auf
 erfolgte Reklamation sagte der noble Herr, wenn's ihm nicht
 genügt wäre, so könne er gehen, es gibt Leute genug, die für
 noch weniger arbeiten. Im Sommer wird im Alford-
 geschäft zu wahren Schandpreisen. Um dennoch etwas zu
 verdienen, werden 12, 13 und 14 Stunden, mitunter sogar
 17 Stunden am Tage gearbeitet, trotzdem hier meistens 10-
 stündige Arbeitszeit ist. Einige Kranke lassen auch 10½ bis
 zu 12 Stunden arbeiten. Der durchschnittliche Lohn ist 35 J.
 pro Stunde. Einzelne Werkstätten zahlen nicht mehr wie
 22 J. die Stunde, sogar an solche Kollegen, die schon 27
 Jahre im selben Geschäft tätig sind. Eben durch die vorhin

angeführte Alfordschäuferei wird im Sommer die Arbeit zu-
 sammengeschlagen, um im Winter dann bis vier Monate zu
 feiern. Mit Anfang Oktober beginnt hier schon die Ent-
 lassung der jüngeren Gehülfen. Die Landvermeister haben
 einen Verein gegründet. Die Maler- und Anstreichermeister
 werden folgen, sie sind nur unter sich noch nicht einig. Dann
 bekommen wir wahrscheinlich eine Arbeitsordnung, an der die
 Kollegen dann am eigenen Leibe spüren können, was es
 heißt, keine feste Organisation zu besitzen. Kollegen, hier
 hilft weiter nichts als die Organisation, nur dann können
 wir den Meistern zeigen, daß sie nicht mit uns machen können,
 was sie wollen.

Kundschau.

Die Differenzen im Hamburger Bau-
 gewerbe sind noch nicht beigelegt, darum ist der Bezug
 von Maurern, Zimmerern und Bauarbeit-
 tern streng fernzuhalten.

Das Maurergewerbe in der Statistik.
 Nur wenige Gewerkschaften sind es, die zur gründlichen Er-
 forschung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Berufsange-
 hörigen viel Opfer und Mühe aufzuwenden haben, wie der
 Zentralverband der Maurer. Mit großer Umsicht ließ es sich
 der Zentralverband angelegen sein, außer der bekannten Ge-
 schichte des Maurerverbandes statistische Tabellen auszu-
 arbeiten, die zur Kenntnis von der Lage des Gewerbes in
 ganz Deutschland von grundlegender Bedeutung sind und
 jedem einzelnen Mitglied als treue Wegweiser dienen. Das
 vorliegende Werk ist nach den neuesten statistischen Erhebungen
 des Maurerverbandes, den Berufs- und Gewerbezahlungen
 des Deutschen Reiches und den amtlichen Nachrichten des
 Reichsversicherungsamtes vom Vorsitzenden Th. Bömelburg
 und vom Redakteur Fr. Waplow bearbeitet; das Werk ist
 für alle Bauarbeiter zu empfehlen, denn in der Vergleichs-
 den Uebersicht" a. B. Seite 186 werden sämtliche Berufs-
 arten des Baugewerbes interessantes Material zusammen-
 gestellt finden. Zu beziehen ist die Schrift zum Preise von
 50 Pf. durch Th. Bömelburg, Hamburg 5.

Die Wautlempner zu Berlin haben die
 Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die zwischen beiden
 Korporationen beiderseitig unterzeichnet worden sind. Den
 Arbeitern ist damit der 55 Pf.-Stundenlohn und die neun-
 stündige Arbeitszeit, sowie die Vergütung der Arbeit in Zeit-
 lohn zugestimmt. Was jedoch den Friedensschluß zu einer
 besonderen Bedeutung macht, das ist der Umstand, daß es,
 entgegen den Tendenzen und Intentionen
 des mächtigen Metall-Industriellen-Ver-
 bandes zu Unterhandlungen mit der Ar-
 beiterorganisation und zu einem kollektiven Ar-
 beitsvertrag" gekommen ist. Die "Freie Vereinigung der
 Klempnermeister", die neben der Klempnerinnung den Ver-
 trag mit unterzeichnet hat, ist nämlich eine Unterabteilung
 des "Männlicher-Verbandes". Der Vertrag sieht auch die
 Ausarbeitung eines Tarifes vor, der von Vertretern beider
 Seiten für April 1903 vorbereitet werden soll. — Wie die
 Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterver-
 bandes mitteilt, haben die "Männlicher" den berechtigten
 Arbeitsnachweis in der Gartenstraße geschlossen, wodurch die
 Schmarfacher ein plumpes Manöver beabsichtigen. Bezug
 von Metallarbeitern aller Branchen nach
 Berlin ist streng zu vermeiden.

Ueber das Zusammengehen mit den
 christlichen Gewerkschaften hat das Kreisober-
 Gewerkschaftsamt einen sehr beachtenswerten Beschluß ge-
 faßt: Das Gewerkschaftsamt empfiehlt den angegliederten
 Organisationen, mit anderen, nicht auf dem Boden des
 Klassenkampfes stehenden Organisationen keine gemein-
 schaftlichen Versammlungen und Aktionen
 zu veranstalten, da solche fast stets unsere klaren
 Ziele verschleiern und in den Reihen der eigenen Mitglieder
 Konfusion und Streit zu zeitigen geeignet sind. Stellt sich
 in einem außergewöhnlichen Fall nach Ansicht der Organi-
 sation die Notwendigkeit zu einem solchen Zusammengehen
 heraus, so ist dieses dem Statut, sofern noch Zeit vorhanden,
 zu unterbreiten. Dieses beschließt mit Zuziehung der Or-
 ganisationsvorstände, ob ein derartiges Vorgehen im Interesse
 der Organisation sowohl als auch im allgemeinen Vortheil
 liegt. Die betreffende Organisation hat dem Beschluß nach-
 zukommen. — Anlaß zu diesem Beschluß gaben die üblichen
 Erfahrungen, die der Holzarbeiterverband und erst kürzlich
 der Metallarbeiterverband mit den gemeinsam mit den Christ-
 lichen veranstalteten Versammlungen gemacht haben.

Ueber die augenblicklichen Verhältnisse des
 Arbeitsmarktes wünschen die Mitarbeiter des Innern und
 für Handel und Gewerbe vor Eintritt des Winters unter-
 richtet zu werden. Ein begünstigter Erlaß ist an die Regie-
 rungspräsidenten gerichtet worden, welche die Landräthe ihres
 Bezirks, die Bürgermeister der größeren Städte, die Handels-
 kammer, die Gewerbeinspektoren um Auskunft ersucht haben.
 Insbesondere sei zu erfragen, ob und in welchen Industrie-
 zweigen inwieweit Arbeiterentlassungen eingetreten oder in-
 folge des Arbeitsmangels Feiertage oder Kürzungen der täg-
 lichen Arbeitszeit eingeführt seien und ob eine Zunahme oder
 Abnahme der Arbeitslosigkeit für den kommenden Winter im
 Vergleich zum Vorjahre zu erwarten sei. Weiter sei zu
 erörtern, ob und inwieweit etwa in günstiger Lage befind-
 liche Industrien in der Lage sein würden, den aus anderen
 wegen Arbeitsmangels ausscheidenden Arbeitern Beschäfti-
 gung zu gewähren und welche Maßnahmen von den Gemein-
 de- und weiteren Kommunalverbänden, sowie von den Arbeit-
 gebern in Staats- und Privatbetrieben, von Vereinen und
 Privatpersonen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen
 worden seien.

Verschiedenes.

Der 43. Allgemeine Genossenschaftstag
 in Kreuznach, abgehalten in der ersten Septemberwoche,
 brachte die vom Verbandsanwalt Dr. Krüger seit Langem
 geplante „reine Scheidung“, indem auf seinen Antrag 99
 Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften aus dem allge-
 meinen Verbande ausgeschlossen wurden, weil sie angeblich
 „den Mittelstand vernichten“ wollten. Unter den Ausge-
 schlossenen befinden sich der gesamte sächsische Arbeiterverband
 mit den Vereinen Leipzig-Plagow, Allgemeiner Konsumverein
 Chemnitz und zahlreiche andere, ferner die Großverkauf-
 Gesellschaft in Hamburg, „Produktion“-Hamburg, die Ver-
 eine in Braunschweig, Halle, die Tabakarbeiter-Genossenschaft
 und die Bäckereiarbeiter-Genossenschaft „Vorwärts“ in Ham-
 burg u. a. m. Die ausgeschlossenen Vereine haben sofort
 einen „Verband Deutscher Konsumvereine“ ins Leben gerufen
 und ein Manifest erlassen, in dem alle Konsumvereine zum
 Austritt aus dem „Allgemeinen“ und zum Eintritt in den
 neuen Verband aufgefordert werden. — Es ist kennzeichnend
 für die Angstreier dieses echt „freisinnigen“ Helms, daß
 er nicht in offenem ehrlichen Kampf, sondern hinterlistiger
 Weise diesen Gewalttatt zu vollziehen, den Muth hatte. Da

die Bahn nun frei ist, werden hoffentlich die diesen Arbeiter,
 die bisher der Konsumvereinsbewegung fernstanden, diese
 kräftig unterstützen.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Diejenigen Kollegen, die vor dem Jahre 1899
 eingetreten sind, deren vierjährige Bücher mit Ende
 dieses Jahres voll werden, erhalten mit dem 1. Ja-
 nuar 1903 neue Bücher. Beim Umtausch des alten
 ist dieses mit einzusenden und bleibt bei der Haupt-
 kasse. Kollegen, die für 1899 und 1900 keinen oder
 nicht genügenden Streifonds haben, müssen dies
 nachholen. An Stelle der fehlenden Streifenmarken
 können Beitragsmarken gestellt werden. Der Streif-
 fonds betrug für 1899 Mk. 2.50 und für 1900
 Mk. 3.—.

Da bereits jetzt einige Filialverwaltungen mit
 dem Einsenden der Bücher begonnen haben, so geben
 wir bekannt, daß die Ausstellung derselben vor dem
 1. Dezember d. J. nicht geschehen kann.

Die Ersatzwahl der Filialverwaltung Breslau
 wird hierdurch bestätigt.

Der für das Jahr 1903 erscheinende Maler-
 Kalender wird Mitte Oktober zur Ausgabe gelangen
 und ersuchen wir die Verwaltung um rechtzeitige
 Bestellung. Betreffs des Preises und des Inhalts-
 verzeichnisses verweisen wir auf die Annonce.

Im Laufe dieser Woche werden an sämtliche
 Bevollmächtigte die Abrechnungsformulare für das
 3. Quartal, sowie ein Formular zwecks Erhebungen
 über spezielle Einnahmen und Ausgaben der Filialen
 versandt werden. Sollte irgend eine Filiale die
 Zusendung nicht erhalten haben, so bitten wir um
 sofortige Meldung. Ein den beiden Formularen
 beigelegtes Zirkular bitten wir genau zu beachten.

Der Vorstand.

Drittung.

Vom 16. bis 22. September ging bei der Hauptkasse ein:
 Dresden I. Mk. 800.—, Berlin I. 800.—, Thorn 20.—,
 Bunzlau 9.20, Wdm. 6701 4.40, Wdm. 57020 4.90, Wdm.
 10210 4.50, Wdm. 46930 2.45, Wdm. 17469 —.70, Wdm.
 4650 3.75, Wdm. 15898 6.30, Wdm. 13381 5.—, Wdm.
 53655 Mk. 2.10.

Zuschüsse wurden abgesandt: Blauen (Agit.-Kom.)
 Mk. 30.—, Bosen (Agit.-Kom.) 30.—.

G. Wendler, Kassier.

Bekanntmachung der Expedition.

Vom Januar 1903 ab kostet die 4-gespaltene Welt-
 zeite oder deren Raum 40 Pf., für Mitglieder und
 Vereinsangehörige 20 Pf. die Spaltzeile.

Die Vorstände und Vertrauensleute ersuchen wir,
 beim Einsenden der Abrechnung mit anzugeben, wieviel
 Exemplare „Vereins-Anzeiger“ sowohl nach den Filialen,
 als auch nach den Bahnhöfen nummehr zu senden sind.
 Unsere Postabonnenten und ausländischen Fachvereine
 werden darauf aufmerksam gemacht, rechtzeitig das
 Abonnement zu erneuern, damit in der Zustellung des
 „W.-A.“ unliebsame Verzögerungen verhindert werden.

Die Expedition.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands. Abrechnung für das 2. Quartal 1902.

Einnahme:

Reservefonds und Kassenbestand der Haupt- Kasse am 1. April 1902	M 93 537.43
Kassenbestände in den vrtl. Verwaltungen am 1. April 1902	14 296.23
Beitrütsgebühren	1 628.—
Beitrütsgebühren 1. Klasse	49 057.—
2. „	169.25
Ertzsteuer	1 368.80
Ertzsteuer Dritter für gewährte Krankenunterstützung	28.06
Sonstige Einnahmen	180.05
Summa	M 160 264.87

Ausgabe:

Für ärztliche Behandlung	M 5 096.36
Für Arznei und sonstige Heilmittel	4 601.20
Krankengelder 1. Klasse	18 009.46
2. „	66.96
Krankengelder an Angehörige der Mitglieder nach § 9 Biffer 3 des Statuts	610.27
Sterbegebühren 1. Klasse	1 705.—
Kur- und Verpflegungskosten an Kranken- heilstätten	3 306.28
Zurückgezählte Beitrütsgebühren u. Beitrütsgebühren	20.20
Verwaltungskosten (a. persönliche b. sächliche)	3 393.12 2 156.21
Sonstige Ausgaben	95.11
Kassenbestände in den vrtl. Verwaltungen am 1. Juli 1902	15 155.52
Reservefonds und Kassenbestand der Haupt- kasse am 1. Juli 1902	106 019.18
Summa	M 160 264.87

Abchluss:
 Die Netto-Einnahme betrug M 52 431.16
 Die Netto-Ausgabe betrug „ 39 090.17
 Ergiebt eine Mehreinnahme von M 13 340.99
 Vorstehende Abrechnung ist von uns revidiert und
 für richtig befunden.
 Hamburg, den 21. September 1902.
 Der Ausschuss:
 F. Sinderen, C. Buhmann, Fr. Bartels, F. Warnke.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse
der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.
(Eingetragene Gesellschaft Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassiers vom 14. bis 20. Sept. 1902.
Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden
eingesandt von: Jandts-Harburg a. Elbe Mk. 150.—,
Silberberg-Norddorf 100.—, Tarnow-Berlin O. 200.—,
Gaujen-Altona 200.—, Städte-Augsburg 100.—,
Stahmer-Zwinnmünde 50.—.
Zusatz wurde abgefordert für die örtliche Verwaltung
in Lüneburg an Holzhausen Mk. 100.—.
Krankengelder erhielten: Wchn. 526, C. Schmidt in
Fürstentum a. Spree Mk. 12.90; Wchn. 1986, A. Lange
in Zettin-Grabow 25.80; Wchn. 3719, D. Wendig in
Schwerin a. Warthe 25.80.
J. G. Wulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Anzeigen.

Ein Gehülfe oder Meister
findet auf Möbeldmalerei Beschäftigung.
Möbelfabrik D. F. Schulze,
Briebus bei Sagan i. Schlessen.

Malerschule

für Holz- und Marmor-Imitation
(Stuckmarmor und Stucklustre) von A. Pritschau,
Dammberg, (Bayern). — Gründliche, in der Praxis
bewährte Ausbildung. — Beginn des Kurses vom
1. November 1902 bis 15. Februar 1903. Prospekt gratis.

Münchener Malerschule
für Holz-, Marmor- und
Schriften-Malerei

von Hans Frenes, München, Augustenstraße 19.
Tages- und Abendkurs vom 2. November bis 31. März.
Ausführlichen Prospekt auf Wunsch.

Ich wohne vom 1. Oktober ab
Breslau II, Sedanstr. 20.
Alle Zuschriften sind an diese Adresse zu richten.
D. Albrecht,
Bevollmächtigter der Filiale Breslau.
1.20] Obmann d. Agitationskommission f. Schlessen.

Achtung!

Den Kollegen von Darmstadt und Umgegend zur
Nachricht, daß sich die Wohnung unseres Kassiers vom
1. Oktober ab Ecke Arheilger- und Kaupstraße Nr. 2,
parterre, befindet. Dasselbst wird auch die Kranken-
unterstützung ausbezahlt.
1.50] Der Vorstand der Filiale Darmstadt.

Photographie-Atelier

Hans Grabender, Hamburg, Steindamm 62
empfehlen sich für sämtliche in diesem Fach
entsprechende Arbeiten.
Spezialität: Platin- und Bromsilber-Vergrößerungen
in künstlerischer Ausführung.
Portrait-Aufnahmen: 12 Bist u. 3 Cabinet, zusammen 6 M.
Das Geschäft ist jeden Sonn- und Festtag ununterbrochen
geöffnet. — Mitgliedern von Vereinen, sowie Clubs
gewähre ich einen Rabatt von 10%.

Special-Schule Altkloster
für **decorative Landschaftsmalerei** bei Hamburg
Winter-Semester 5 Minuten
15. Oktober vom Bahnhof Buxtehude
Prinzip: Begrenzte Schülerzahl
Prospekt gratis.
Vahres durch den Leiter F. W. P. Kappmeier.

Vorlagen für Dekor.-Maler
für Kirchen-Maler
für Theater-Maler
Bruno Hessling
Berlin S.W., Anhaltstr. 16/17.
Special-Buchhandlung f. d. Malergewerbe
Man verlange d. reich illust. Katalog

Sieben erschienen: eine Sammlung mod. Decken u.
Wandstücken 4—10 Tafeln, # 1.50, von Gebr. Horn-
dram, Stuttgart. Ferner mod. farb. Schriften, 25 Taf.
Größe: 28x45, wirklich sehr praktisch, Preis 6 M., ferner
ein kleines mod. Schriftenheft zu 80 Bfg. Alle gangbare
Büchel als Probe 5 M., 20 Decken 4 M. Alles zu be-
ziehen vom Versandgeschäft

P. Steet, Nürnberg,
Obere Wörthstr. 18.

◆ ◆ Für jeden Maler ◆ ◆
ist es leicht, unbedingt ähnliche große Porträts mit
Hülfe meiner
Vergrößerungen auf pr. Zeichenpapier
herzustellen.

35/45 = 1.75 M. Freibeausführung 4.50 M.
45/55 = 2.25 " " " 5.50 "
55/65 = 2.75 " " " 6.50 "
Aquarell, Pastell, und Oelmalerei. Anleitung zum
prakt. Freibeausmalen gratis. Porto und Packung
50 Bfg. Schnellste Lieferung.
Franz Fischer, Kunstanstalt, Berlin SO 16.

Filiale Bremen.

Achtung Kollegen! Unser Verkehrslokal befindet sich nicht mehr
bei Heidemann, Grafenstr. 50, sondern Jansenstr. 22 bei Herrn Greve.
Arbeitsnachweis Wochentags von 8 bis 9 Uhr Abends, Sonntags von
11 bis 12 Uhr Mittags. Kollegen! benutz nur unseren Arbeitsnachweis
und verkehrt nicht mehr bei Heidemann!

4.50]

Der Vorstand der Filiale Bremen.

Schule

für Decorations-, Holz-, Marmormalerei

Carl Nordmann,
Hamburg 30, Gärtnerstrasse 124.

Maler-Kalender.
Achtung 1903 Achtung
Kollegen! Kollegen!

Zum zweiten Male herausgegeben für die Mitglieder
der „Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher,
Tüncher und Weißbinder Deutschlands.“

Inhalt:

1. Kalendarium. — Notizen. 2. Kurze Geschichte der
Vereinigung der Maler etc. 3. Lohnliste. 4. Kranken-
zuschuß-Reglement. 5. Geschäftsordnung für Versamm-
lungen. 6. Ein Kapitel aus dem Gewerbegerichts-Gesetz.
7. Reichstagswahlrecht. 8. Sozialdemokratie-Stärke.
(Nach Provinzen geordnet). 9. Porträts Bernsteins,
Lebeours und Grünbergs (Der neugewählten Abge-
ordneten.) 10. Die Hauptbestimmung der Wehrordnung
(Gefellungs-pflicht, Ersatzreserve, Kontrollversammlung,
Landwehr etc.) 11. Adressen der Gewerkschaftsverbände,
Arbeiter-Sekretariate, Gewerbe-Inspektoren. 12. Streit-
tabelle, Gewerkschaftsleistungen, Anwachsen der Ge-
werkschaftsorganisationen u. dgl. 13. Einwohnerzahl u.
Militärklassen. 14. Deutsche Großstädte, Einwohnerzahl
u. örtlicher Tagelohn. 15. Wie Fürsten bezahlt werden.

Der Preis des Kalenders beträgt pro Exemplar
50 Bfg. Bei Partiebezug von 10 Exemplaren wird
den Verwaltungen der Filialen das Stück zu 45 Bfg
verrechnet, so daß 5 Bfg. für Kopierkosten verbleiben.
Der Vorstand.

Vorzügl. praktische Schule zur Ausbildung von
tüchtigen Dekorationsmalern.

Prospekte gratis und franko von
Peter Eilers, München, Arnulfstr. 42, IV. links.
Eintritt jederzeit! — Honorar monatlich 18 M.

Restaurant „Sondermann“ Stiftstrasse 52,
Hamburg St. Georg.
Verkehrslokal der Vereinigung der Maler. — Zahlstelle der
Zentralkranken-Kasse.
Bürgerl. Mittagstisch von 12—2 Uhr
und Abends von 8—8 Uhr.

Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben-
druck, mit leicht faßlicher Anleitung, sind für den billigen
Preis von # nur 10 # zu beziehen von
Aug. Dätmeyer, Maler, München,
Moraststrasse 8, II, links.
Maler können die Vertretung übernehmen!

Nachruf!

Am 13. September verschied an der Prote-
tarierkrankheit unser treues langjähriges Mitglied
und Vorsitzender

Oskar Zander

in seinem 37. Lebensjahre.
Sein Andenken hält in Ehren
2.10] Filiale Cottbus.

Todes-Anzeige.

Nach längerer Krankheit ist unser treues Ver-
bandsmitglied

Karl Mausold

aus Heulenroda im Alter von 21 Jahren seinem
Leiden erlegen.
Ehre seinem Andenken!
1.80] Filiale Jena.

Nachruf!

Ganz unerwartet ist am 15. September unser
treuer Kollege

Johann Freese

durch den Tod aus unserer Mitte geschieden.
Sein Andenken hält in Ehren!
1.80] Filiale Oldenburg.

Am 16. September verschied nach längerem
Leiden unser Kollege

Karl Gross

im Alter von 44 Jahren.
Sein Andenken hält in Ehren
1.50] Filiale Offenbach.

Nachruf!

Am 17. Sept. verschied unser Kollege

Paul Kulose

Ehre seinem Andenken!
1.50] Filiale Breslau.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag s,
für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im
Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oester-
reich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M.,
durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die
Zweispaltige Zeile oder deren Raum 30 S., Vereins-
anzeigen 15 S., die Spaltzeile. Der „Vereins-Anzeiger“
ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1902 unter Nr. 7713
eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 37 des Korre-
spondenzblattes für die Bevollmächtigten und Ver-
trauensleute bei.

Verlag von S. Wenker, Hamburg.
Für die Redaktion verantwortlich M. Marx, Hamburg.
Druck von F. Meyer, Hamburg-Gilbeld, Friedenstr. 4.

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in
Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen,
Figuren etc. etc.

Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte
Praktik und einfachste Technik gelegt.
Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März,
per Semester 150 Mark.

Unser Maler-Schule sind mehrere Erste Preise
Silberne Ehrenmedaillen und viele Auer-
kennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien
anerkannt worden. Prospekte der Malerschule
gratis und franko.

Carl Lange & Co.,

Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.

Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe.

Neu! Es erschien im Neu!

Selbstverlage:

Neue Holz- und Marmormalereien

zum Selbstunterricht nach eigener Original-
Methode.

I. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur Mk. 20.—
(Von dieser Serie ist soeben die zweite vermehrte und
verbesserte Auflage erschienen.)

II. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur Mk. 22.—
Hamburger Holz- und Marmor-Schule
von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19.
Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis.
Porenrollen à Paar Mk. 5.—

Amoretten. Malvorlagen Blumen. =
Landschaften. Früchte etc.

20 Blatt # 3.—, 40 Blatt # 5.—, franko, naturgetreu
Heinr. Brühl, Hamm i. Westf., Karlstr. 5.

MALERSCHULE HAMBURG
v. WILH. SCHÜTZE, PROSP. GRATIS
Nur ERSTE PREISE u. MEDAILLEN